

Sänger der Prinzen tritt ein für Minderheiten

„Frieden riskieren“ will die diesjährige ökumenische Friedensdekade, die gestern eröffnet wurde. Erneut ist Prinzen-Frontmann Sebastian Krumbiegel Schirmherr, der sich so klar gegen Gewalt und Militarisation positioniert.

Von Sabine SPITZER

ERFURT. „Das Motto ist aktueller denn je. Jeder kann Frieden riskieren, das geht in den kleinen Zwischenmenschlichen los und endet in der großen Weltpolitik.“ So fasst Sebastian Krumbiegel zusammen, weshalb er sich wie im Vorjahr als Schirmherr der Friedensdekade engagiert. Kriege gebe es auch an vielen kleinen Fronten. „Statistisch gesehen gibt es jeden Tag mindestens einen rassistischen Übergriff“, verdeutlicht der Prinzen-Sänger. Schon seit vielen Jahren macht sich der Musiker für Minderheiten stark. So rief er in Leipzig etwa das Festival „Courage zeigen“ ins Leben, das seit elf Jahren den Aufmarsch der Rechten am Völkerschlachtdenkmal verhindert. Und er ist Herausgeber des Buches „Hoffnung säen“, das Flüchtlingsgeschichten thematisiert. Damit war Krumbiegel im vergangenen Jahr im Rahmen der Friedensdekade auf musikalischer Lesereise und auch jetzt wird er Episoden aus dem Werk in sechs Städten vortragen.

Ihren Ursprung hat die Friedensdekade in den Niederlanden. 1980 wurde die Idee gleichzeitig in Ost- und in Westdeutschland aufgegriffen. In diesem Jahr beteiligen sich die Kirchengemeinden mit mehr als 1000 Gottesdiensten und anderen Veranstaltungen an der Friedensdekade. Höhepunkt ist am 19. November, dem Buß- und Betttag, der bundesweite Abschlussgottesdienst in der Dessauer Johanniskirche. Schon jetzt hat er sich für ein weiteres Jahr als Schirmherr verpflichtet. Vor allem liegt es ihm am Herzen, auf die Opfer aufmerksam zu machen, die noch immer durch Landminen oder Streubomben verletzt oder gar getötet werden. Erst im Juli reiste er deshalb nach Vietnam. Als er mit einem Minen-Räumteam unterwegs war, explodierte in vier Kilometer Entfernung eine Streubombe, die drei Kinder in den Tod riss. „Es ist etwas anderes, ob man davon im Fernsehen sieht, als wenn man es hautnah erlebt.“

Nachgespielte Revolution auf Bahnhöfen

Mit einer ungewöhnlichen Aktion erinnerte gestern die Friedrich-Ebert-Stiftung mit Unterstützung von Schauspielern an die deutsche Novemberrevolution von 1918.

ERFURT. Verkleidete Freiwillige und Schauspieler mit roten Fahnen verkündeten auf mehreren Bahnhöfen das Ende des deutschen Kaiserreiches und den Beginn der Weimarer Republik – ganz wie am 9. November vor 90 Jahren. Die SPD-nahe Ebert-Stiftung wollte so an die Errungenschaften der Revolution erinnern. „Viele demokratische Rechte, die heute selbstverständlich sind, wurden damals unter Lebensgefahr erkämpft“, sagte der Thüringer Leiter der Stiftung, Michael Schultheiß. Mehrere Gruppen der Schauspiel-Revolutionäre machten an Bahnhöfen in Thüringen Halt, neben Erfurt und Weimar unter anderem auch in Gotha, Eisenach, Jena, Altenburg und Meiningen. Bahnhöfe wurden ausgewählt, weil sie auch damals die Informationsdrehscheiben für die Bevölkerung waren.

Warnung vor Gleichgültigkeit

Kanzlerin fordert zum 70. Jahrestag der Pogromnacht Zivilcourage / Gedenken auf jüdischem Friedhof in Erfurt

Ein entschlossenes Vorgehen gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit forderte gestern Kanzlerin Angela Merkel zum 70. Jahrestag der Pogromnacht.

BERLIN/ERFURT. Zur zentralen Gedenkveranstaltung der Bundesregierung und des Zentralrates der Juden in Deutschland in der Berliner Synagoge Rykestraße, die 1938 von den Nazis in Brand gesteckt worden war, forderte Kanzlerin Merkel für Deutschland ein Klima, das die Zivilcourage fördert. „Gleichgültigkeit ist der erste Schritt, unverzichtbare Werte aufs Spiel zu setzen“, betonte sie. Aus dem Holocaust resultiere eine immerwährende Verantwortung, für eine Gesellschaft einzutreten,

die Mensch und Würde in den Mittelpunkt stelle. So sehr sich Deutschland dies auch wünsche, sei der Zivilisationsbruch der Shoa nicht wieder gutzumachen. Daher forderte die Kanzlerin: „Wir dürfen nicht schweigen, es darf uns nicht gleichgültig sein, wenn jüdische Friedhöfe geschändet und Rabbiner auf der Straße beleidigt werden.“ Gleichzeitig sprach sie sich für die besondere Verpflichtung gegenüber Israel aus und bezeichnete die Sicherheit des Landes als Teil der Staatsräson Deutschlands.

Die Präsidentin des Zentralrates der Juden, Charlotte Knobloch, trat für das Verbot der NPD ein und warf der Politik mangelnde Durchsetzungskraft gegen Rechtsextremisten vor. Scharf rügte sie auch mangelndes Geschichtsbewusstsein,



MAHNUNG: Wolfgang Nossen auf dem jüdischen Friedhof in Erfurt.

wenn bei der Auseinandersetzung mit der Finanzkrise Begriffe wie Pogromstimmung verwendet werden. Damit griff sie eine Bemerkung des niedersächsischen CDU-Ministerpräsidenten Christian Wulff an.

Es hätten schon einmal viele Menschen geglaubt, die Juden seien an allem schuld, bezog sich auch der Vorsitzende der Thüringer jüdischen Landesgemeinde, Wolfgang Nossen, auf verarmende Vermischungen der aktuellen Banken- und Finanzkrise mit den Verbrechen der Nazizeit. Dies sei nicht ungefährlich, da gerade in schweren Zeiten die Menschen leicht empfänglich für antisemitisches und rechtspopulistisches Gedankengut seien. Das damalige Wegsehen und Unterlassen nehme die Deutschen für immer in die Verantwortung, hob

Ministerpräsident Dieter Althaus auf der Gedenkveranstaltung auf dem jüdischen Friedhof in Erfurt hervor. In zahlreichen Thüringer Städten, wie auch in der Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald, wurde mit Zeitzeugengesprächen, Ausstellungen und Vorträgen an die Barbarei erinnert.

Etwa 1300 Menschen waren in Deutschland allein in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 ums Leben gekommen. In Thüringen brannten die Synagogen von Suhl über Erfurt bis nach Nordhausen. Der Pogromnacht folgte die Verschleppung der Juden in die Konzentrationslager und später in die Vernichtungslager. Etwa sechs Millionen Juden waren dieser Verfolgung während des Nationalsozialismus zum Opfer gefallen.

THÜRINGEN Luther-Rose erinnert an Reformator

Heute erinnern viele Gemeinden in Thüringen an den 525. Geburtstag des Reformators, die Internationale Luther-Stiftung ehrt Schuhhändler Heinz Horst Deichmann mit ihrer neuen Auszeichnung. Indes mehrt sich die Kritik an der Lutherdekade.

Von Karsten JAUCH

ERFURT/WITTENBERG. Mit Gottesdiensten und Laternenumzügen wird heute Abend in fast 30 Gemeinden der Thüringer Landeskirche an die Geburt von Martin Luther im Jahre 1483 erinnert. Das Luther-Haus in Eisenach etwa lädt zum Museumsfest.

Zur selben Zeit bittet die Internationale Luther-Stiftung, die in Erfurt ihren Sitz hat, zu einem Festakt nach Berlin. Dort wird erstmals die neue Auszeichnung Luther-Rose vergeben. Mit ihr sollen künftig jährlich Persönlichkeiten geehrt werden, die sich „mit ihrem Leben und beruflichen Wirken für die reformatorische Tradition von Freiheit und Verantwortung für das Gemeinwohl eingesetzt“ haben. Erster Preisträger wird der 82-jährige Schuhgroßhändler Heinz Horst Deichmann. Eine Konferenz geht dabei der Frage nach: Wäre Luther heute Kapitalist oder Globalisierungsgegner?

Die Sorge, dass die Lutherdekade zu einer Marketingshow verkommt, teilt EKD-Beauftragter Stephan Dorgerloh nicht. Ihre Dramaturgie zeige die soziale Verantwortung von Christen und Gesellschaft. Er vermisst aber von der Thüringer Landesregierung eine deutlichere Einbringung in die Organisation. So habe Ministerpräsident Althaus (CDU) nicht einmal an den Tagungen des Kuratoriums teilgenommen. Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister Reiner Haseloff (CDU) verteidigte das Abwarten der Politik. „Der inhaltliche Takt muss von den Kirchen ausgehen“, sagte er dieser Zeitung: „Genau da gibt es Koordinierungs- und Synchronisationsprobleme.“ So könne das Magdeburger Kabinett eine Vorlage zur Finanzierung der Lutherdekade in Höhe von 35 Millionen Euro nicht verabschieden, weil Empfehlungen von kirchlicher Seite fehlen. Haseloff warnte hingegen vor einem staatlichen Eingriff in kirchliche Anliegen.

Thüringen übernimmt Grünes Band

TEISTUNGEN. Zum Gedenktag des Falls der Mauer hat der Freistaat etwa 3900 Hektar Biotopfläche vom Bund übernommen. Nach langen Verhandlungen unterzeichneten Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) und Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) gestern im Grenzlandmuseum Eichsfeld in Teistungen die Vereinbarung. Der Freistaat ist das erste Land, dem der Bund unentgeltlich Flächen aus dem Grünen Band entlang des früheren Todesstreifens überlässt. „Dort, wo früher Grenzbefestigungen Deutschlands teilten, ist eine großartige Naturlandschaft entstanden“, erklärte Gabriel. Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus nannte das Grüne Band einen Lernort deutscher Geschichte. Aus dem ehemaligen Todesstreifen seien blühende Landschaften und Lebenslinien geworden. Mit der Übernahme der Bundesflächen könnten nun die zahlreichen, oft bereits begonnenen Projekte zum Schutz der einmaligen Flora und Fauna weiter realisiert werden. Thüringen hat mit 763 Kilometern den größten Anteil aller Bundesländer an dem 1400 Kilometer langen Biotop.

Monsignore mit Stechkarte

Vatikan spart Personalkosten und kontrolliert Anwesenheit / Mitarbeiter werden benotet

Auch im Vatikan spürt man die Zeichen der Krise und will sparen, eingedenk der Tatsache, dass die Bilanz des letzten Jahres rote Zahlen schrieb. Was liegt näher als bei den Personalkosten anzufangen, die gut ein Viertel der Gesamtausgaben ausmachen. So wird jetzt für alle Angestellten im Kirchenstaat die Stechkarte eingeführt, auch für Prälaten, Monsignori und Ordensschwwestern.

Von Ruth PFRIEM

ROM. Die Stechkarte im Vatikan wird auf dem neuesten technologischen Stand sein: blauer Plastikchip mit Magnetstreifen. Sie wird nicht nur die Anwesenheit der 2700 vatikanischen Angestellten kontrollieren, sondern ist gleichzeitig auch Ausweis für die Krankenkasse, den kirchlichen Supermarkt, die Apotheke und die Tankstelle, wo das Benzin noch ein Euro pro Liter kostet.

Vor allem die Monsignori sind nicht begeistert von der Neuerung. Immerhin gehen über 1000 Männer in Soutane im Kirchenstaat ihrer Arbeit nach: in der Zentralverwaltung, den päpstlichen Kongregationen und Kommissionen, in der vatikanischen Bibliothek, im Geheimarchiv, den Museen. Im Gegensatz zu ihren nicht-kirchlichen Kollegen helfen sie auch bei der Betreuung von Gemeinden. Und das genau nehmen sie als Argument: „Den Pastoraldienst kann man nicht mit der Stoppuhr absolvieren.“ Und sie weisen darauf, dass Johannes XXIII. 1960 die Stechkarte abgeschafft hat, weil sie eines Kirchenmanns nicht würdig sei.

Doch da sie dem Gehorsam verpflichtet sind, wird es keinen Aufstand geben. In der Zentralverwaltung, wo bereits seit einem Jahr mit dem Chip experimentiert wurde, gab es



KONTROLLE: Neben der Schweizergarde passen künftig auch Stechuhren auf.

„Es brannte sofort lichterloh“

Im TA-Gespräch: Wolfgang Steinbrück, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Omnibusunternehmer

Nach dem tragischen Unglück vor wenigen Tagen auf der A 2 brannte Freitagabend wieder ein Bus. In Minutenschnelle stand er bei Nottleben in Flammen. TA sprach mit Wolfgang Steinbrück, zu dessen Unternehmen das verunglückte Fahrzeug gehörte.

Können Sie sich den unglaublichen Vorfall erklären?

So etwas kannte die Branche in den letzten zwei Jahrzehnten überhaupt nicht. Und dabei muss man wissen, dass bundesweit täglich 60 000 Busse im Einsatz sind.

Erschreckend ist doch, wie schnell das Fahrzeug in vollen Flammen stand.

Richtig, wir vermuten einen Motorplutzer. Da ergießt sich

das Öl auf die heißen Auspuffteile, und so brannte es sofort lichterloh. Motorplutzer kenne ich nur vom Hörensagen aus früheren DDR-Zeiten, als es bei alten Fahrzeugen mal auftrat. Bei der modernen Technik passiert das eigentlich nie.

Am Freitagabend hätte der Busbrand Fahrgästen zum Verhängnis werden können?

Zum Glück war der Bus leer. In den zehn Minuten, die das Feuer den ganzen Bus erfasst hatte, wären die Leute aber durch die großen Türen noch rausgekommen. Die Fahrer ha-



KEINE VERLETZTEN: Bei Nottleben brannte dieser Linienbus vollständig aus.

ben generell Anweisung, bei irgendeiner Gefahr sofort anzuhalten und die Fahrgäste rauszulassen.

Müsste nach den Vorfällen nicht dennoch mehr für die Sicherheit getan werden?

Busse sind nach wie vor die sichersten Transportmittel im Straßenverkehr. Ich bin aber auch der Meinung, dass sich die Hersteller hier was einfällen lassen müssen. Es gibt ja schon Pulverlöcher im Motorraum, die solche extremen Dinge verhindern sollen. Wir erhalten jetzt übrigens zwei neue Linienbusse, die so eine Vorrichtung haben. Ich hätte nie gedacht, wie aktuell das werden könnte.

Gespräch: Casjen CARL

Mehr Fotos: www.thueringer-allgemeine.de/retter